

KURZPROTOKOLL

Sitzung vom **Dienstag, 5. April 2005**

18.00 - 21.00 Uhr

Grossratssaal der Rathauslaube

Grosser Stadtrat:

Vorsitz:	Rolf Amstad	(SP)	Präsident 2005
Protokoll:	Karin Steuri		(Nichtmitglied)
	Andreas Ehrat		(Nichtmitglied)
StimmzählerInnen:	Käthi Tanner-Winzeler	(SP)	
	Thomas Hauser	(FDP)	
Anwesend:	von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 46 Mitglieder 5 Stadtratsmitglieder und Stadtschreiber		
Entschuldigt für die ganze Sitzung:	Erwin Sutter	(EDU)	
	Theres Brambrink	(FDP)	
	Katrin Hauser-Lauber	(FDP)	
Entschuldigt für einen Teil der Sitzung:	Stephan Schlatter	(SVP)	
	Josef Eugster	(SVP)	
	Paul Bösch	(ÖBS)	

Kantonsrat:

Nelly Dalpiaz	(SAS)
Daniel Fischer	(SP)
Matthias Freivogel	(SP)
Christian Heydecker	(FDP)
Eduard Joos	(FDP)
Florian Keller	(ALSH)
Gerold Meier	(FDP)
Susanne Mey	(SP)
Ruth Peyer	(SP)
Jeannette Storrer	(FDP)
Werner Stutz	(SP)

(Anwesende Mitglieder des Kantonsrates, welche gleichzeitig Mitglieder des Grossen Stadtrates oder des Stadtrates sind, sind nicht doppelt aufgeführt)

Orientierungs- und Aussprachesitzung "sh.auf"

Einleitend begrüsst Grosstadtratspräsident Rolf Amstad die Anwesenden, insbesondere auch die städtischen Vertreter im Kantonsrat. In der Folge erläutert er den Ablauf des Abends sowie die Spielregeln. Bei den Konsultativabstimmungen zu den Kernfragen sind nur die Grosstadtratsmitglieder stimmberechtigt. Diese Vorgehensweise wird ohne Gegenantrag beschlossen.

Einleitung und Gesamtübersicht durch Stadtpräsident Marcel Wenger

Stadtpräsident Marcel Wenger erläutert einleitend die Vorteile und den Grund, weshalb der Stadtrat trotz Fristverlängerung an seinem Fahrplan festhält. In der Folge äussert er sich zur Projektstrategie von „sh.auf“ und bemängelt die überhandnehmende Kantonalisierung in Bereichen der Kernkompetenzen der Stadt, was mit der faktischen Abschaffung der städtischen Gemeindeautonomie gleichzusetzen ist. Des Weiteren verweist er auf die ungewissen Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs des Bundes NFA und die offene Entwicklung der Fragen der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen oder zwischen den Kantonen selber. Zum Schluss betont er die Wichtigkeit der Kernfragen zur Kantonsstruktur bzw. zur Frage der Zwangsfusionen, zur Aufgabenteilung, zu den Synergiepotenzialen und zu den Muss-Kriterien, um eine gute Grundlage für ein erfolgreiches Bestehen der Stadt in diesem Reformprojekt zu schaffen. (Vollständiger Text im Anhang)

Diskussionspunkte Ziff. 2 und 3.1 des Vernehmlassungsentwurfes

Marcel Wenger erläutert die Ausgangslage und hält fest, dass der Stadtrat Zwangsfusionen nicht als das richtige Mittel ansieht.

Mehmet Ertogrul dankt im Namen der SP für den guten Vernehmlassungsentwurf. Seine Partei sagt grundsätzlich klar Ja zu den Ideen von "sh.auf", ist aber gegen Zwangsfusionen.

Raphaël Rohner dankt im Namen der FDP für den guten Entwurf und betont, dass die angestrebte Zusammenarbeit nicht aufgrund von Zwangsfusionen sondern durch Motivation erreicht werden soll.

Christoph Lenz stellt sich im Namen der Alternativen Liste Schaffhausen hinter den Regierungsrat, indem er Zwangsfusionen als mutiges, aber notwendiges Mittel erklärt.

Cornelia Stamm Hurter befindet auch den Vorschlag des Stadtrates als mit zu viel Zwang verbunden.

Kurt Zubler spricht von einem eleganten Angebot der Stadt. Gleichzeitig plädiert er dafür, dass den grösseren Gemeinden ein Verhandlungsspielraum bleiben muss.

Alfred Tappolet führt die Beispiele Herblingen und Buchthalen ins Feld und kommt zum Schluss, dass eine Fusion von mindestens 80 % der Stimmbevölkerung getragen werden muss.

Christian Heydecker lobt den Stadtrat für den Geniestreich des Rechtes auf Aufnahme als Ersatz für eine Zwangsfusion. Der Kunstgriff entschärfe die Problematik.

Erste Konsultativabstimmung

Die anwesenden Mitglieder des Grossen Stadtrates stimmen der stadträtlichen Stellungnahme mit 41 : 1 Stimmen zu.

Ziff. 3.2 Bildung

Werner Schöni stellt die Funktion des Stadtschulrates in Frage.

Christian Hablützel bemängelt die geplanten Schülerpauschalen als ungeeignet und beantragt deren Rückweisung.

Raphaël Rohner nimmt als Departementssekretär des Erziehungsdepartementes Stellung zu den Voten.

Stadtrat Urs Hunziker nimmt Stellung zu den Vorbringen und beantragt, den Schlussfolgerungen des Stadtrates zu folgen. Schülerpauschalen kann er nur zustimmen, wenn Einflussfaktoren wie der Anteil fremdsprachiger Schüler bei der Bemessung berücksichtigt werden.

Ziff. 3.3 Gesundheit und Alter

Mariann Keller bemängelt, dass der Kanton die besonderen Anforderungen an die Patienten nicht klar genug definiert. Des Weiteren bemängelt sie die Finanzierungspauschale erst ab 80 Jahren.

Lotti Winzeler bemängelt ebenfalls die unklare Definition der Patienten und beantragt eine transparente Handhabung des NFA und der Kantonsbeiträge.

Urs Hunziker äussert sich zu den Voten seiner Vorrednerinnen und beantragt, den Schlussfolgerungen des Stadtrates zu folgen. Mit den Pauschalbeiträgen ist er grundsätzlich einverstanden. Die Berechnung ist aber zu beanstanden. Ausserdem sollte die Kostenentwicklung periodisch berücksichtigt werden.

Ziff. 3.4 Sozialhilfe

Käthi Tanner gibt bekannt, dass die SP und die Alternative Liste einer Kantonalisierung der Sozialhilfe zustimmen. Ebenso wird der Antrag des Stadtrates unterstützt, dass die operative Führung der Sozialhilfe weiterhin bei der Stadt verbleibt. Zusätzlich

Alfred Tappolet vertritt die Auffassung, dass die Sozialhilfe möglichst dezentral geführt werden muss. Die vom Stadtrat propagierte Zentralisierung birgt nach seiner Meinung die Gefahr einer Kostenexplosion, indem die Stadt für Sozialfälle noch attraktiver würde.

Christian Hablützel weist darauf hin, dass die Attraktivität der Stadt für Sozialfälle keinen Zusammenhang mit der vom Stadtrat beantragten Zentralisierung hat. Entscheidend ist nach seiner Meinung die Anonymität, welche die Stadt den Sozialhilfeempfängern bietet.

Raphaël Rohner pflichtet dem Votum seines Vorredners bei und hält fest, dass aus seiner Sicht nichts gegen eine Zentralisierung spricht.

Ernst Spengler stimmt seinen Vorrednern ebenfalls zu und spricht sich für die vom Stadtrat beantragte Zentralisierung aus.

Hanspeter Huber vertritt ebenfalls die Meinung, dass eine dezentral geführte Sozialhilfe kaum Vorteile bieten würde und heisst den Antrag des Stadtrates gut.

Urs Tanner pflichtet der Auffassung des Stadtrates ebenfalls bei. Wie Kurt Zubler ist er jedoch der Auffassung, dass noch zu prüfen wäre, ob nicht auch das Vormundschafswesen zentralisiert werden müsste.

Stadtrat Thomas Feurer nimmt Stellung zu den Vorbringen und beantragt, den Schlussfolgerungen des Stadtrates zu folgen. Einer Zentralisierung des Vormundschafswesens steht er jedoch kritisch gegenüber. Sie hätte zur Folge, dass die Behörde, welche über vormundschaftliche Massnahmen zu befinden hätte, aufgrund der zusätzlichen räumlichen und persönlichen Distanz kaum noch genügend Einblick in das Lebensumfeld der zu Betreuenden hätte.

Ziff. 3.5 Steuern

Raphaël Rohner gibt bekannt, dass seine Fraktion die Meinung des Stadtrates nicht teilt. Im Bereich des Steuerwesens sei eine Kantonalisierung durchaus sinnvoll. Die Stadt täte gut daran, ihre Kernkompetenzen auszuspielen, welche nicht beim Steuerwesen liegen.

Christian Hablützel erklärt sich im Namen seiner Fraktion mit der Haltung des Stadtrates einverstanden. Er empfiehlt dem Stadtrat, auf seinem Kurs zu bleiben.

Alfred Zollinger setzt sich für eine Kantonalisierung des Steuerwesens ein. Die vom Stadtrat ins Feld geführten Schwierigkeiten einer Zentralisierung lassen sich nach seiner Auffassung im Rahmen einer Leistungsvereinbarung mit dem Kanton lösen.

Iren Eichenberger pflichtet der Auffassung ihres Vorredners bei und hält fest, dass das Steuerwesen nicht unbedingt eine Aufgabe der Gemeinde sein muss.

Edgar Mittler spricht sich ebenfalls für eine Zentralisierung des Steuerwesens aus.

Ebenso weist sie darauf hin, dass mit einer Kantonalisierung eine Verminderung des Service public einhergehen würde. Nach ihrer Auffassung ist überdies zu bezweifeln, dass die Kantonale Steuerverwaltung mit dem intensiven Publikumsverkehr zurecht käme. Gestützt auf diese Äusserungen beantragt sie, den Schlussfolgerungen des Stadtrates zu folgen.

Ziff. 3.6 Finanzierungsentflechtung

Ziff. 3.6.1 Polizeikosten

Es folgen keine Wortmeldungen, weshalb Marcel Wenger davon ausgeht, dass der Rat mit den Anträgen des Stadtrates einverstanden ist.

Ziff. 3.6.2 Sozialversicherungen

Urs Tanner hält fest, dass die Haltung des Stadtrates zweckmässig ist und den Anträgen daher zugestimmt werden kann.

Thomas Feurer dankt für die gute Aufnahme der stadträtlichen Stellungnahme zum Bereich der Sozialversicherungen und beantragt, den Schlussfolgerungen des Stadtrates zu folgen.

Weitere Konsultativabstimmungen

Die anwesenden Mitglieder des Grossen Stadtrates stimmen der stadträtlichen Stellungnahme im Bereich **Bildung** mit 35 : 2 Stimmen zu.

Die anwesenden Mitglieder des Grossen Stadtrates stimmen der stadträtlichen Stellungnahme im Bereich **Gesundheit und Alter** mit 35 : 0 Stimmen zu.

Die anwesenden Mitglieder des Grossen Stadtrates stimmen der stadträtlichen Stellungnahme im Bereich **Sozialhilfe** mit 35 : 3 Stimmen zu.

Die anwesenden Mitglieder des Grossen Stadtrates lehnen die stadträtliche Stellungnahme im Bereich **Steuern** mit 17 : 24 Stimmen ab.

Die anwesenden Mitglieder des Grossen Stadtrates stimmen der stadträtlichen Stellungnahme im Bereich **Polizei** mit 41 : 0 Stimmen zu.

Die anwesenden Mitglieder des Grossen Stadtrates stimmen der stadträtlichen Stellungnahme im Bereich **Sozialversicherungen** mit 41 : 0 Stimmen zu.

Ziff. 4 Zentrumslasten/Finanzausgleich

Peter Neukomm hält fest, dass es ein grosser Mangel des Projekts "sh.auf" ist, dass die Thematik der Zentrumslasten auf später verschoben werden soll. Er vertritt die Auffassung, dass die Thematisierung dieser Problematik eine *Conditio sine qua non*

Raphaël Rohner äussert ebenfalls sein Unverständnis darüber, dass die Problematik der Zentrumslasten nicht im Projekt "sh.auf" angegangen wird. Er unterstützt daher die Anträge des Stadtrates vollumfänglich.

Christian Meister schliesst sich den Äusserungen seiner Vorredner an.

Veronika Heller bedankt sich für die geschlossene Unterstützung der stadträtlichen Haltung und beantragt, den Schlussfolgerungen des Stadtrates zu folgen.

Ziff. 5 Synergiepotenziale im Zentrum

Werke

Kurt Zubler hält fest, dass er entgegen der Äusserung des Stadtrates der Auffassung ist, dass die städtischen Werke unter dem Dach der Stadt bleiben müssen. Dies ist nach seiner Überzeugung auch der Volkswille.

Marcel Wenger hält fest, dass die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Gewands der Städtischen Werke hier nicht zur Debatte steht. Der Stadtrat unterstützt jedoch das Ziel einer gemeinsamen Direktion. Dieses Modell hat sich im Verbund der Werke der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall bereits bestens bewährt. Er beantragt, den Schlussfolgerungen des Stadtrates zu folgen.

Tiefbau

Edgar Zehnder vertritt die Auffassung, dass eine Zusammenlegung des kantonalen und des städtischen Tiefbauamtes Synergien ergeben würde. Insbesondere auf der Chefetage und bei der Nutzung eines gemeinsamen Maschinenparkes lassen sich nach seiner Meinung erhebliche Kosteneinsparungen realisieren.

Stadtrat Peter Käppler weist darauf hin, dass sich der Stadtrat vor der Nutzung eines Synergiepotenzials nicht verschliesst. Nach seiner Auffassung ergibt jedoch eine engere Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden die grösseren Synergien als der

Zusammenschluss des städtischen mit dem kantonalen Tiefbauamt. Aus diesem Grund erachtet es der Stadtrat als richtigen Weg, mit dem Kanton lediglich die Zusammenlegung der beiden Werkhöfe weiter zu prüfen. Gestützt auf diese Ausführungen beantragt er, der in der Stellungnahme zum Schlussbericht formulierten Haltung des Stadtrates zuzustimmen.

Modellregion Schaffhausen/Neuhausen plus

Raphaël Rohner begrüsst den vom Stadtrat beschrittenen Weg, ein näheres Zusammenrücken mit der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall voranzutreiben. Es ist ihm dabei jedoch wichtig, dass der Stadtrat subtil vorgeht und die Anliegen der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall ernst nimmt.

Peter Neukomm fügt hinzu, dass es unverständlich ist, dass im Rahmen des Projektes "sh.auf" darauf verzichtet wurde, das Synergiepotenzial eines Zusammenschlusses zwischen Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfall zu prüfen. Der vom Stadtrat beschrittene Weg geht nach seiner Auffassung in die richtige Richtung.

Iren Eichenberger gibt zu Bedenken, dass das Angebot des Stadtrates sehr weit geht und unter Umständen gefährlich ist. Nach ihrer Meinung ist der Passus, dass im Falle eines Zusammenschlusses der Gemeinden mindestens einer der fünf Sitze im Stadtrat der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall zukommen muss, zu streichen. Dasselbe gilt für die Garantie der Beibehaltung des Steuerfusses.

Alfred Zollinger meint, der Stadtrat hätte sein Angebot gegenüber dem Gemeinderat von Neuhausen am Rheinfall sehr unbeholfen kommuniziert. Wie seine Vorrednerin ist er der Meinung, dass die Anträge auf Seite 20 der stadträtlichen Stellungnahme zum Schlussbericht sehr gefährlich formuliert sind und überdacht werden müssen.

Alfred Tappolet schliesst sich der Auffassung seines Vorredners an.

Stadtschreiber Christian Schneider hält zur Kommunikation gegenüber Neuhausen fest, dass keineswegs nur ein Mail gesandt wurde. Gemeindepräsident Stephan Rawyler wurde unmittelbar nach der Stadtratssitzung telefonisch über die geplante Stellungnahme des Stadtrates informiert. Die Mail-Zustellung des Berichts erfolgte in Absprache mit Gemeindepräsident Rawyler. Wichtig war dem Stadtrat, dass der Gemeinderat Neuhausen den Bericht noch vor der Abgabe an den Grossen Stadtrat und an die Medien erhielt.

Marcel Wenger weist nochmals darauf hin, dass es ein grosser Mangel des Projekts "sh.auf" ist, dass das Synergiepotenzial eines Zusammenschlusses zwischen der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall nicht überprüft wurde. Damit ist ein wesentliches Synergiepotenzial unter den Tisch gewischt worden. Er nimmt jedoch die Kritik entgegen, dass die Formulierungen der ersten Priorität auf Seite 20 der stadträtlichen Stellungnahme von mehreren Votanten als heikel betrachtet werden. Er bedankt sich für die positive Aufnahme der Stossrichtung des Stadtrates und beantragt, den Schlussfolgerungen der Stellungnahme zu folgen.

Konsultativabstimmung

Die anwesenden Mitglieder des Grossen Stadtrates stimmen der stadträtlichen Stellungnahme zu den **Synergiepotenzialen im Zentrum** mit 32 : 0 Stimmen zu.

Für die Richtigkeit:

Karin Steuri

Andreas Ehrat

Anhang:

**Einführungsvotum von Stadtpräsident Marcel Wenger
zur Orientierungssitzung des Grossen Stadtrates vom 5. April 2005 zu „sh.auf“**

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte,
sehr verehrte Gäste und Medienvertreter

Mit „sh.auf“ hat der Kanton ein in seiner Geschichte bedeutendes Reformprojekt angepackt, zu dem der Stadtrat mit einer vom Regierungsrat verlängerten Frist bis Ende Juni Stellung nehmen wird.

Als wir die heutige Informationssitzung mit dem Büro des Grossen Stadtrates vereinbart hatten, gab es diese Verlängerung zur Vernehmlassung noch nicht; eigentlich hätte die Frist Ende April ablaufen sollen. Wir haben trotz verlängerten Fristen indessen an unserem Fahrplan zum Einbezug des Grossen Stadtrates festgehalten, weil dies 4 Vorteile hat:

1. Können wir den Fraktionen und der Fraktionspräsidenten-Konferenz im Nachgang zur heutigen Orientierungssitzung noch bis Ende Mai Zeit für weitere, vertiefte Stellungnahmen einräumen, die der Stadtrat dann für die definitive Fassung seiner Vernehmlassung verwenden kann;
2. Ist es für die kleineren Gemeinden im Kanton wichtig, ihrerseits zu wissen, welche Standpunkte die Stadt einnimmt. Im Sinne möglichst hoher Transparenz und einer gewissen Vorarbeit kommt der Rolle der Stadt und dem entschlossenen Auftreten besonders hohe Bedeutung zu. Es geht schliesslich um nichts weniger als um einen tragenden Grundsatz unseres Föderalismus, nämlich die Gemeindeautonomie und das damit verbundene Subsidiaritätsprinzip.
3. Erleichtert eine klar strukturierte Diskussion zu einem frühen Zeitpunkt auch die Willensbildung in der Öffentlichkeit. Der auf 280 Seiten ausgebreitete Schlussbericht vermag dies wegen der hohen Komplexität des Projekts nur in ungenügendem Mass.
4. Ist eine frühzeitige Diskussion zu diesem komplexen Projekt auch ein Beitrag zur Versachlichung. Wo es um so grundsätzliche Werte wie Gemeindeautonomie, Subsidiaritätsprinzip, Leistungsfähigkeit der Gemeinden und künftige Kantonsstrukturen geht, sind in erster Linie nicht Parteipolitik sondern das Verständnis für einen modernen Föderalismus, Augenmass und das Gespür für eine bürgernahe Organisation unseres Staatswesens gefragt.

Ausführungen zur Projektstrategie von „sh.auf“

Bei „sh.auf“ haben wir es mit dem bisher einzigen fortgeschrittenen kantonalen Ansatz zur Veränderung der Kantonsstrukturen seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu tun. Seit der Auseinandersetzung des Stadt- und des Kantonsvermögens in den frühen 30-er Jahren des 19. Jahrhunderts steht „sh.auf“ mit seinen Vorschlägen für eine kantonale Politik, die sich nicht nur an der Strukturhaltung orientiert. Das wird vom Stadtrat auch begrüsst und als längst fällig und nötig empfunden. Der Reformstau in diesen Fragen und die bisher nicht zielführende Politik des Finanzausgleichs und der Verflechtung der Finanzströme haben allerdings zu einer Situation geführt, in der die Versuchung gross ist, das Kind nun bei der Reform mit dem Bade auszuschütten.

Und zwar in zweierlei Richtungen.

- Einerseits werden Zwangsfusionen postuliert, die kleinere Gemeinden in insgesamt 7 grössere Gebilde zusammenfassen wollen.
- Andererseits werden in der Aufgabenteilung Kantonalisierungs- und Zentralisierungsvorschläge gemacht, die bestimmte Bereiche auch diesen vergrösserten Selbstverwaltungsgebilden entziehen. Nachdem die Aufgabenteilung bereits bei der Polizei, beim Zivilstandsamt, beim Zivilschutz, beim Erbschaftssteuerbezug, bei der Fleischkontrolle, der Schulzahnklinik, der Opferhilfe, den Landwirtschaftlichen Fachstellen der Lebensmittelkontrolle und den Sonderschulen zur Kantonalisierung geführt hat, sollen nun auch die Gemeindesteuerämter selbst dieser vergrösserten Einheiten kantonalisiert und zentralisiert werden. Diese Vorschläge müssen politisch ausdiskutiert werden. Es kann gute Gründe geben, die eine oder andere Dienstleistung auch noch zu kantonalisieren, aber die Gemeinden müssen ihre eigene Handlungsfähigkeit und ihre Entwicklungsfähigkeit sorgfältig im Auge behalten, wollen sie nicht als Einheits-Gebiets-Körperschaften enden und damit über den Aufgabentransfer an den Kanton auch ihre bereits eingeschränkte Autonomie verlieren. Besonders heikel ist diese Entwicklung für die Stadt Schaffhausen. Sie ist eine leistungsfähige Gemeinde, aber sie gerät in diesen Fragen wegen der vom Projekt mit hoher Priorität gesuchten Synergiepotentiale unter Druck. Insbesondere dann, wenn sich keine Synergiepartner auf Gemeindeebene finden lassen. Dann nämlich droht die Kantonalisierung in Bereichen der Kernkompetenzen der Stadt, was mit der faktischen Abschaffung der städtischen Gemeindeautonomie gleichzusetzen ist.

Der Stadtrat ist entschlossen, diese mögliche Projektentwicklung zu verhindern. Einerseits hat er klar seinen Willen zu Verhandlungen über den Zusammenschluss mit Neuhausen bestätigt, aber auch der Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden eine höhere Priorität eingeräumt als der Kantonalisierung der Stadt oder der Teilkantonalisierung wichtiger städtischer Dienstleistungsbereiche. Es gibt zwischen den Extremszenarien der Zwangsfusion oder der Kantonalisierung der Stadt durchaus leistungsfähige Formen der Zusammenarbeit, der Aufgabenübertragung oder des Aufbaues von Netzwerklösungen für bestimmte, komplexe Aufgabenbereiche. Darauf ist das Projekt „sh.auf“ verstärkt auszurichten. Wenn wir also in der Folge über die verschiedenen Detailprojekte und die dazu gestellten Anträge des Stadtrates an den Kanton diskutieren müssen wir uns nicht nur der Einzelwirkung der Projektmassnahme bewusst sein, sondern auch abwägen, welche Gesamtwirkungen bezogen auf eine Entwicklungsachse bis in die Jahre 2010 und darüber hinaus entstehen können.

Zur Projektmechanik:

Dazu müssen wir uns bewusst sein: Weder die Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs des Bundes NFA noch die weitere Entwicklung der Fragen der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen oder zwischen den Kantonen selber sind in diesem Schlussbericht bearbeitet worden. Das konnten sie auch gar nicht aufgrund des Standes dieser Projekte. Vor allem mit Blick auf die Finanzierungsentflechtung, aber auch bei der künftigen Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden spielen diese Bundesprojekte aber in naher Zukunft schon eine grosse Rolle. Sie wirken sich auf die Finanzflüsse zwischen Bund und Kantonen nachhaltig aus. Dies ist bei der Projekt-Mechanik auch bei „sh.auf“ zu berücksichtigen. Die Neuordnung des Bundesfinanzausgleichs muss bei „sh.auf“ und vor allem beim geplanten Steuerfussabtausch als Folge der geänderten Aufgabenteilung und der Finanzierungsentflechtung mit einbezogen werden. Auch die Nachordnung der Bearbeitung des langjährigen ungelösten Problems der Zentrumslasten ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Sie sollen gemäss Zeittabelle weder in die Finanzierungsentflechtung noch in die Aufgabenteilung einbezogen werden sondern auf politischem Weg erst ab 2007 bearbeitet werden. Dasselbe Schicksal erleiden die überhöhten Beiträge der Stadt an die Polizeikosten. Sie scheinen weder Platz zu haben in der Aufgabenteilung, wo sie eigentlich hingehören, noch in der Finanzierungsentflechtung, wo sie nach Ansicht des Kantons zu allzu grossen Verwerfungen bei den Gemeindesteuerfüssen führen, noch beim Finanzausgleich. Auch sie erleiden das Schicksal des Verweises auf einen unsicheren und wohl steinigen politischen Weg, der ihnen nach erfolgter Aufgabenteilung und Finanzierungsentflechtung zugewiesen wird. Ein aus Sicht des Stadtrates nicht akzeptabler Vorschlag, der den Versprechungen anlässlich der Revision des Polizeiorganisationsgesetzes in keiner Weise Rechnung trägt.

Die Projektmechanik zeigt: Zuerst werden mit der Aufgabenteilung und der Finanzierungsentflechtung Tatsachen geschaffen. Gestützt auf diese Entflechtungen vereinfachen sich auch die Finanzflüsse, die die NFA zwischen Bund und Kantonen vorsieht. Sie sollen es ermöglichen, dass dem Kanton später möglichst vollständig die Bundesmittel der NFA aus dem neuen Lastenausgleich zufließen. Deshalb werden die Steuerfüsse Kanton - Gemeinden vorher abgetauscht, damit kein Einbezug der Gemeindeebene in die NFA mehr nötig ist. Das kann administrativ grosse Vorteile haben und zu mehr Klarheit und weniger Diskussionen bei der Verteilung der Bundesmittel aus der NFA führen.

Der Stadtrat glaubt indessen nicht, dass dieses Vorgehen automatisch auch zum Vorteil für die Gemeinden führt. Wenn die Steuerkraft schon aufgrund der geänderten Aufgabenteilung und der Finanzierungsentflechtung neu zwischen Gemeinden und Kanton aufgeteilt werden soll, dann hat dies in Kenntnis der realen Be- und Entlastung des Kantons durch die NFA zu erfolgen. Das ist ein Gebot der Fairness unter den beiden staatlichen Partnern im schweizerischen Föderalismus. Hier ist Korrekturbedarf dringend angezeigt. Stadt und Gemeinden geraten sonst durch eine Schwächung des Steueraufkommens wegen der vollen Anrechnung in der Finanzierungsentflechtung unter Druck, während sich der Kanton mittels dem neuen Finanzausgleich teilweise von den übernommenen Verpflichtungen entlasten kann, je nach dem, wie das Ergebnis der Ausführungsgesetzgebung der NFA herauskommt. Aber auch der Kanton läuft dabei nicht unbeträchtliche Risiken. Wer garantiert ihm, dass der Bund sich nicht schon bald wieder von der NFA zum nächsten noch neueren

schwächung der Binnenkonjunktur hinsteuert. Die Goldreserven werden verteilt – mutmasslich so, dass sie sich volkswirtschaftlich zu wenig konjunkturbelebend auswirken. Die übernächste Sparrunde könnte also schon bald zu einem Rückzug des Bundes aus den eben versprochenen Leistungsfeldern des NFA führen – mit allen negativen Konsequenzen für die Kantone. Die Strategie der Ausklammerung der Gemeinden von den Mittelzuflüssen aus der NFA könnte so dereinst zum Bumerang für den Fall des Rückzugs des Bundes werden. Wer in guten Zeiten nicht mitessen darf, der wird sich in schlechten Zeiten nicht mit einer Gegeneinladung revanchieren. Partnerschaft Gemeinden - Kanton ist in guten wie in schlechten Zeiten allemal besser als Abgrenzung.

Zu den Kernfragen

In diesem Sinne lädt Sie der Stadtrat ein, über seinen Vernehmlassungsentwurf heute Abend zu diskutieren. Dem Stadtrat liegt vor allem an einer Diskussion zu den Kernfragen, d.h. zur Stossrichtung der stadträtlichen Vernehmlassung, die wir bis Ende Juni dem Regierungsrat einzureichen haben. Die Kernfragen zur Kantons-struktur d.h. zu den Zwangsfusionen, zur Aufgabenteilung, zu den Synergiepotenzialen und zu den Muss-Kriterien aus der Sicht der Stadt sind die wichtigsten Elemente und quasi das Konzentrat aus dem Orientierungsbericht, der Ihnen vorliegt. **Wenn es uns gemeinsam gelingt, dazu eine klare Stellungnahme abzugeben, sei es in einem ersten Schritt heute oder in einem zweiten Schritt bis Ende Mai durch die Fraktionspräsidentenkonferenz**, dann haben Sie mit dem Stadtrat zusammen gute Grundlagen für ein erfolgreiches Bestehen der Stadt in diesem Reformprojekt gelegt.

Schaffhausen, 3./4. April 2005, M. Wenger